

In den letzten Monaten waren in den Medien immer wieder Gerüchte aufgetaucht, einige wichtige Einheiten der FARC, besonders im Süden Kolumbiens, nähmen eine kritische Haltung zu den zwischen Regierung und FARC in Havanna ausgehandelten und noch anstehenden Vereinbarungen ein. Dies habe seinen Grund in der Befürchtung, man werde künftig von den Einnahmen aus dem Drogenhandel abgeschnitten.

Eine Ende Februar veröffentlichte Studie widerlegt diese Gerüchte weitgehend. Dazu EL ESPECTADOR:

„Die FARC ist nicht gespalten“

Der Südblock der FARC, der in den Departements Huila, Caquetá und Putumayo sowie in Teilen Nariños und Cauca operiert, und der heute nach Angaben der Behörden von Joaquin Gómez (auch unter dem Namen Fabián Ramírez bekannt) befehligt wird, ist nicht gespalten und es ist nicht sicher, ob er sich den Verhandlungen in Havanna widersetzt, wie das einige Analysten behaupten. Im Gegenteil, der Südblock war eine der Strukturen, die am stricktesten den einseitig proklamierten Waffenstillstand von Dezember 2013 bis Januar 2014 einhielten. In dieser Struktur sind weder Anzeichen noch Versuche des Widerspruchs anzutreffen, und man bereitet sich auch dort bereits für die Zeit nach dem Konflikt vor.

Dies ist eine der grundlegenden Schlussfolgerungen des Berichts über Risiken bezüglich des bewaffneten Konflikts sowie sozialer Konflikte im Zusammenhang mit dem Bergbau, der Ölförderung und der energetischen Infrastruktur im Departement Guajira und in der Region Nariño/Putumayo und den Auswirkungen auf das humanitäre Recht. Der Bericht wurde gestern vorgelegt von der Stiftung „Frieden und Versöhnung“ und dem Nationalen Netzwerk regionaler Friedens- und Entwicklungsprojekte. Die Untersuchung wurde zwischen August 2013 und Februar 2014 durchgeführt in insgesamt 15 Städten und Gemeinden der erwähnten Departements.

Nach der Studie fand im Jahr 2013 ein Wiedererstarken der FARC im Süden des Landes statt und man stellte eine bedeutende Präsenz in den Hauptorten der Kommunen fest, z.B. in Tumaco. Was in den letzten Monaten stattfand, waren Aufforderungen der FARC an die Bevölkerung, sich zu Versammlungen einzufinden, in denen man ihr eine Serie von „Verhaltensregeln“ bekanntgeben werde. Mit anderen Worten handelt es sich um ein „Handbuch über die Koexistenz“ zur Vorbereitung auf die Zeit nach dem Konflikt, was auch in anderen Zonen des Landes verbreitet wurde. In diesem Dokument wird z.B. festgelegt, dass die Teilnahme an Treffen zur politischen Schulung Pflicht sei, und es werden Kriterien für soziale Protestaktionen und die Bewegungsfreiheit in den Territorien festgelegt. Laut Analysten zielt die FARC darauf ab, ihre soziale Basis wieder aufzubauen.

Gleichzeitig legt die Studie dar, dass in einigen Gebieten im Süden sich abzuzeichnen beginnt, dass kriminelle Strukturen die Absicht haben, ihre Kontrolle und Macht auf Gebiete auszudehnen, die traditionell von der Guerrilla kontrolliert wurden –mit dem Ziel, dass sie es sein werden, die die Kontrolle in einem eventuellen Nachkonflikt-Szenario ausüben. Dies lässt erwarten, dass in diesen Zonen Gewalt herrschen wird, sobald ein Friedensabkommen unterzeichnet sein wird. „Es besteht eine Unfähigkeit des Staatsapparates, mit sozialen Konflikten umzugehen in allen drei untersuchten Regionen, als Folge der Verwaltungsschwäche der Kommunen, der einseitigen Konzentration der Staatsmacht auf den Schutz der Erdöl- und Energieinfrastruktur und institutioneller Korruption“. Was das Departement Guajira anbelangt, so wurde dort festgestellt, dass im Grenzgebiet zu Venezuela sich Privatarmeen gebildet haben (bekannt als sog. „Criollos“ oder „Curicheros“), die illegal mit Lebensmitteln und Benzin handeln. „Unter Befehl von Marcos Figueroa alias Marquitos ist die Bande „Urabeños“ in Gemeinden im Süden des Departements eingedrungen. Zum anderen haben Absplitterungen der Bande von Jorge 40, die sog. Rastrojos und die Paisas, sich zum „Büro Karibik“ zusammengeschlossen, das über den Magdalena-Fluss in die Guajira vordringen könnte“, heißt es in dem Untersuchungsbericht.

Was die derzeitige Lage bei den sozialen Bewegungen in den betreffenden Regionen angeht, so heißt es in dem Bericht, es bestünden große Erwartungen hinsichtlich des Anwachsens der Proteste in den Sektoren Bergbau, Erdöl und Großprojekte der Infrastruktur. In diesem Sinne wird geschlossen, es herrsche Ablehnung des Großbergbaus, aber mehr Toleranz gegenüber der Ölförderung, während eine große juristische Ungewissheit bestehe: „Im Departement Putumayo können im Umkreis von Ölförderprojekten keine individuellen Landbesitztitel zuerkannt werden. Im Fall Guajira existiert ein großer Druck auf die Landwirte, ihr Land zu verkaufen oder zu Monokulturen überzugehen. Zum Beispiel bieten die Banken Kredite von 7 Mio Pesos (rd. 2800 EUR) pro Hektar für traditionelle Feldfrüchte, aber 28 Mio Pesos (rd. 11200 EUR) pro Hektar für die Pflanzung von Palma Africana an“.

Andere Schlüsseldaten zeigen an, dass Unterschiede zwischen den sozialen Bewegungen im Süden Kolumbiens und denen in der Guajira bestehen. So sind in Putumayo und Nariño die Gruppen zwar umringt von bewaffneten Gruppen, sind jedoch immer besser organisiert, während sie in der Guajira belagert, bedroht und schutzlos sind und sich kaum organisieren können. Auch stellte man fest, dass die Bewegungen der Indigenen und der Kleinbauern allgemein gut organisiert sind, nicht dagegen die Gruppen der Afrokolumbianer. In Nariño und Putumayo hat der „Patriotische Marsch“ an Kraft gewonnen, gleichzeitig aber erhöhten sich die Drohungen und Mordanschläge auf seine Teilnehmer, und die Ablehnung gegenüber diesen Gruppen seitens der Ölindustrie ist groß. Auch wachsen die Konflikte zwischen Indigenen, Kleinbauern und der Gemeinschaften der Schwarzen untereinander sowie aller dieser Gruppen mit den Großgrundbesitzern und der Großindustrie.